

Stadtwerke in der Energiewende

Von Axel Berg

EUROSOLAR hat seit der ersten Stadtwerke-Konferenz 2006 in Schwäbisch-Hall - mit wegweisenden Reden von Dr. Hermann Scheer, Dr. Peter Becker, Johannes van Bergen und Dr. Dieter Attig - den Schulterchluss mit den Stadtwerken bei der Energiewende gesucht.

Warum Stadtwerke?

Weil sie das ureigene Instrument der Kommunen sind. Stadtwerke sind kommunale Unternehmen, die im öffentlichen Auftrag technische Dienstleistungen und Versorgungsleistungen, insbesondere im Bereich der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge der Bevölkerung, erbringen. Dazu gehört auch die Energieversorgung, also Stromproduktion und -netze, Gas oder Fernwärme.

Die Energiewende ist lokal und dezentral. Energieversorgung bleibt vordringlich eine kommunale Aufgabe. Die Energie-Einsparung ist hier zu organisieren: Gebäude isolieren, Wärme rückgewinnen, KWK, effizientere Fahrzeuge und den verbleibenden Energiebedarf aus Erneuerbaren decken.

Aufgaben stellen sich dezentral. KWK geht nur lokal, die Gebäude und Fahrzeuge sind in der Gemeinde und die örtlichen Strom- und Gasnetze ebenfalls.

Geld ist nur vordergründig ein Problem. Schafft man es, die Gelder der Bürgerschaft, die jetzt noch aus der Gemeinde rausfließen, um Energie einzukaufen - an die Ölscheichs und Putins dieser Welt und an die Energiekonzerne, diese Gelder in Energiewende dahoam umzulenken, wenn man das schafft, hat man ein riesiges Konjunkturprogramm für die Handwerker und die Industrie vor Ort, ohne einen Cent mehr auszugeben als vorher.

Den Großteil der Stromversorgung an vier große private EVUs zu delegieren, war wohl ein historischer Fehler, den erst die Energiewende wieder heilt. Doch ganz Gallien zu besetzen, ist den großen Vier nicht gelungen. Die Stadtwerke haben die letzte Meile, den Zugang zum Endkunden. Und sofern sie mehrheitlich der Gemeinde gehören, sind sie auch noch demokratisch legitimiert und ihre Gewinne fließen zurück in die Gemeinde. In Deutschland und Österreich sind Stadtwerke im Regelfall privatwirtschaftlich organisiert, manche im Interessenverband, viele sind an anderen operativ tätigen Unternehmen beteiligt. Sie agieren mit den Stadtwerksgewinnen und Kraftwerksbeteiligungen im Querverbund oder auch privatrechtlich mit Gewinnerzielungsabsicht. Organisiert sind sie im VKU (Verband kommunaler Unternehmen).

Kommunalunternehmen sind bürgerbestimmt und bürgerorientiert. In Umfragen erhalten sie - im Gegensatz zu den Energiekonzernen - gute Werte hinsichtlich des Vertrauens. Sie stehen für Integrität und Nachhaltigkeit und können glaubhaft kommunizieren. Akzeptanz ist zentrale Voraussetzung energiepolitischer Vorstellungen. So war's schon bei der Kohle. So ist es erst recht bei der von einer breiten Bürgermehrheit befürworteten Energiewende. Heute haben wir es mit einer gut informierten, argwöhnischen und aktionsbereiten Zivilgesellschaft zu tun. Das ändert alles. Spätestens seit Stuttgart 21 ist der Geist aus der Flasche. Ein umfassender Wertewandel ist angekommen, der fast alle Bereiche der Gesellschaft einschließt und sich nicht auf große Infrastrukturprojekte beschränkt. Transparenz und frühzeitige Projektkommunikation gegenüber relevanten Bürgergruppen werden zu einer Bringschuld der Aufgabenträger. Parteien, Behörden und Unternehmen müssen zügig lernen, mit dieser Herausforderung umzugehen. Dabei geht es nie um populistische

Organisation von Zustimmung. Es gibt auch keinen goldenen Weg. Alles muss mit all seinen Spezifika neu und singulär betrachtet werden.

Zugespitzt lässt sich sagen: Ohne Akzeptanz keinen Erfolg! So wird das altbekannte energiewirtschaftliche Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit um die Akzeptanz ergänzt zum energiewirtschaftlichen Viereck.

Kommunale Unternehmen haben dabei eine Schlüsselrolle: Sie sind lokal verankert und richten ihre Ziele an den Bedürfnissen vor Ort aus. Doch Vorsicht: Wehe denen, die nicht die ganze Wahrheit sagen. Das kenne ich gut aus meiner Heimatstadt. Wer 100 % Erneuerbare verspricht, aber nur bilanziell einkauft und zu Hause läuft das alte AKW- und Kohleprogramm weiter, riskiert alles in Sachen Akzeptanz. Ent-täushtes Vertrauen führt zu beinhardtem Misstrauen.

Welche Rolle spielen die Gemeinden?

Kommunen mit ihrer Stadtgesellschaft sind die Hauptbetroffenen von häufigeren Hitzeperioden, Überschwemmungen oder anderen Extremwetterereignissen und der zentrale Akteur für Schutzmaßnahmen vor Ort.

Sie können in noch überschaubaren Einheiten einigermaßen ganzheitlich im direkten Dialog mit den Bewohnern Lösungen suchen, weil sie oft klein genug sind, um individuelle Bürgermotive hin zu gemeinsamen und durchsetzungsstarken Aktionen zu formen.

In ihren Rathäusern, Verwaltungs- oder Schulgebäuden sind nicht nur viele Bürger lang anhaltenden Hitzewellen im Sommer oder starken Stürmen ausgesetzt. Oft gibt es auch noch städtische Wohnungsbaugesellschaften. Ist das Haus gut gewappnet, hat man gleich nachahmenswerte Vorbildfunktionen für Privathaushalte und Unternehmen und die Bürger als beste Werbeträger. So werden auch die verschiedensten Zielgruppen erreicht und durch Beratungsangebote und Informationskampagnen sensibilisiert. Handwerker und Planer können zertifiziert, die Hochschulen motiviert und alle miteinander vernetzt werden.

Kommunen können durch Verordnungen oder über das Planungsrecht hoheitlich handeln. Kommunale Vorgaben bringen Unternehmen Investitionssicherheit, bevor sie selbst Maßnahmen starten. Beispielsweise hatten viele Unternehmen früh in Emissionseinsparung investiert, weil sie mit einem funktionierenden Emissionshandel rechneten. Sie sind betriebswirtschaftlich gegenüber ihren Wettbewerbern benachteiligt, die extra viel Energie verbrauchen, um dann Härtefallregelungen in Anspruch zu nehmen. Kommunen können Orientierung bieten und mit technischen Vorgaben für Chancengleichheit sorgen.

Im Dialog "Nachhaltige Stadt" des Rates für Nachhaltige Entwicklung fordern die Oberbürgermeister von 25 deutschen Städten den Gesetzgeber auf, geeignete Rahmenbedingungen für starke Kommunen zu schaffen, damit die Energiewende eine Erfolgsstory wird. Die vertikale Vernetzung von EU, Bund, Ländern, Regionen und Kommunen muss besser werden. Mobilität und Wärmeversorgung brauchen mehr Beachtung. Beides weitgehend unbeackerte Felder.

Es braucht ein stimmiges Verhältnis im neuen Energiemarktdesign zwischen Stromproduktion, dem Aus- und Umbau der Netze, Systemstabilität, Versorgungssicherheit,

Kosteneffizienz und Erreichen der Klimaschutzziele. All das geht nur mit einer klaren, verlässlichen Programmatik. Die Beteiligung von Bürgerschaft und Wirtschaft, die sich auch am Netzausbau finanziell beteiligen sollen, stellt eine wesentliche Voraussetzung dar. Nur müssen die Kommunen stärker an der Bedarfsplanung und dem Ausbau der Übertragungsnetze beteiligt werden. Und natürlich müssen bei der dezentral stattfindenden Energiewende auch die örtlichen und regionalen Verteilnetze im Zentrum des Netzausbaus stehen.

Die Rahmenbedingungen und Erwartungen an die Stromversorgung ändern sich permanent. Seit den 1990ern wurden neue europäische und deutsche Rahmenbedingungen bei der Erzeugung und der Endkundenversorgung geschaffen, was Wettbewerb möglich machen soll. Das verbleibende natürliche Monopol der Strom- und Gasnetze wurde reguliert. Die Klima- und Umweltschutzziele nahmen an Bedeutung zu, was sich auf Unternehmensstrategien und Handlungsoptionen der Stadtwerke ganz unterschiedlich auswirkte. Die Liberalisierung und das Ziel, mehr Wettbewerb und Wettbewerber zu bekommen, führten zu mächtigen Veränderungen: Seit 2007 gab es rund 70 oder 80 Stadtwerke-Neugründungen. Und dieses Jahr laufen in Deutschland jede Menge Strom- und Gasnetzkonzessionsverträge aus. Ein weithin zunehmender Einsatz Erneuerbarer Energien und eine vermehrte Nutzung von weiträumig verteilten, lastnahen sowie effizient steuerbaren Energieerzeugungsanlagen vor allem in KWK steht jetzt an. Die Konsequenz ist eine schrittweise Umstrukturierung des heute noch zentral ausgerichteten Versorgungssystems auf der Grundlage von Großkraftwerken hin zu einem heterogenen, überwiegend von kleineren, dezentralen Einheiten gekennzeichneten System.

Stadtwerke haben also beste Voraussetzungen und größte Chancen auf Erfolg, doch sie sind nicht immun gegen wirtschaftliche Fehlentscheidungen. Die Konsequenzen unternehmensstrategischer Entscheidungen werden in den Vorträgen heute und morgen deutlich erkennbar sein. Auf der einen Seite die trendsetzigen, risikobereiten Early Birds, die alle Register zogen und sich heute über ihren Erfolg freuen. Und auf der anderen Seite diejenigen Stadtwerke, die den Business as usual-Weg nur zögerlich verlassen und nun auf Stranded Investments in konventionelle Erzeugungsanlagen sitzen, die bald keiner mehr braucht.

Noch weniger immun sind Stadtwerke gegen politische Fehlentscheidungen. Und die sind wieder mal immens und bizarr, obwohl niemand mit einer linearen Entwicklung der Energiewende rechnen konnte. Die Stadtwerke sind zwar nach wie vor die natürlichen Verbündeten der Energiewende, doch weit über die Betriebswirtschaft hinaus geht es um Ziele wie Innovation, Klimaschutz, Atomausstieg und einige mehr. Außerdem sind die Emissionen wieder auf Rekordhöhe. Auch wenn der letzte milde Winter dämpfend wirkte.

Der Überlebenskampf des Geschäftsmodells der großen Energieversorger ist in vollem Gange. Jetzt werden die Erneuerbaren diffamiert, während gleichzeitig durch den verfehlten Umlagemechanismus die Kohleindustrie, Massentierhaltungen und vieles mehr von Kosten befreit wird, die wiederum von den Bürgern über gestiegene Preise bezahlt werden müssen. Einen Bestandsschutz für fossile Kraftwerke gibt es nicht! Einen tragfähigen Markt auch nicht! Klimawandel und Erderwärmung zeigen doch gerade das Marktversagen auf.

Eine Marktwirtschaft entsteht auch nicht mit einem VKU-Modell, bei dem der Staat Quoten festlegt. Eine schnelle Energiewende kommt billiger als die Aufrechterhaltung des fossilen Systems.

Kohle und Atom müssen schon deshalb weg, weil sie nicht schnell regelbar sind. Und Gas fördert Deutschlands Abhängigkeit von den ausländischen Lieferanten. Stranded Investment ist ein Fehler eben derjenigen Energiemanager, die heute Bestandsschutz für fossile Kraftwerke fordern.

Damit die deutsche Energiewende gelingt, fordert Eurosolar von der Bundespolitik, das EEG und dessen drei Grundprinzipien

festen Vergütungssätze,

Einspeisevorrang und

Planungssicherheit

ins Zentrum eines neuen Strommarktdesigns zu stellen. Das alte Strommarktdesign der fossil-atomaren, oligopolistischen Energiewirtschaft soll abgelöst werden, insbesondere durch Sicherstellung eines funktionierenden Strommarkts, in dem sinkende Börsenpreise an die Verbraucher weitergegeben werden. Im EEG soll eine Speicherprämie eingeführt werden, mit dem ein wirtschaftlicher Anreiz für Stadtwerke und andere mittelständische Energieversorger geschaffen wird, um regelbare regenerative Verbundkraftwerke zusammenzuschalten.

Stattdessen werden jetzt erst mal Ausschreibungen in einem Pilotversuch für PV-Freiflächenanlagen getestet. Ab 2017 gibt's dann Ausschreibungen für alle. Ein planwirtschaftliches Manöver zugunsten der großen Player und zulasten von kleinen und mittleren Unternehmen, Stadtwerken, Genossenschaften, Bürgerinitiativen und einer kostengünstigen Energiewende. Etliche Staaten haben damit Schiffbruch erlitten und Ausschreibungsmodelle wieder abgeschafft.

Unsere Regierung mit ihrer parlamentarischen 80%-Mehrheit verhält sich wie ein Geisterfahrer, weil sie sich gegen den Trend und einen klar sichtbaren Strukturwandel stellt. Deutschland hat sich in den vergangenen 15 Jahren den Advantage of the First Mover erarbeitet, so nennt man in der Wirtschaftswissenschaft den Vorsprung desjenigen, der sich als erstes in eine Richtung bewegt, die früher oder später alle einschlagen müssen. Und Richtung Erneuerbare müssen alle Länder auch unabhängig vom Klimawandel, weil die fossilen Reserven endlich sind.

Vielleicht werden wir schon in 10 Jahren herzlich lachen über das EEG 2014 damals. Vielleicht gibt es dann überhaupt keine großen Energieversorger mehr. Realistisch und außerhalb der Insolvenzordnung betrachtet, sind die großen Vier jetzt bereits Pleite, weil sie Kohlereserven in ihren Bilanzen führen, die niemals gehoben werden dürfen. Produktivitätsfortschritte in der Kommunikations- und Umweltechnologie werden Energie und Information auf lange Sicht weiter radikal verändern. Bereits heute produziert ein Drittel der Menschheit seine Informationen selbst und schickt sie um die Welt. Der Energiemarkt könnte zwischen 2030 und 2040 in ähnlicher Weise funktionieren.

Wir befinden uns in einer rasanten Transformation in eine neue Weltwirtschaftsordnung und in eine neue Wertschöpfungskultur. Auch die vielen Energiekriege im Irak oder Sudan, in Syrien, Afghanistan, Gaza oder der Ukraine sind furchtbare Zeugnisse davon. Die

Digitalisierung hat vor zehn Jahren begonnen, unsere gesamte Wirtschaft umzukrempeln. Der Energiesektor gehört eher zu den verspäteten Industriemärkten, die von der Digitalisierung erfasst und grundlegend verwandelt werden. Es wird so etwas geben wie ein „Internet der Energie“. Ich denke, mit einem europaweiten Netzverbund und den erfolgreichen Erfahrungen mit virtuellen Kraftwerken sind wir da schon ganz gut vorbereitet. StS Uli Kelber, alter EUROSOLARier, schlug diese Woche vor, statt Geld sowohl in den Bau von Stromleitungen als auch in den Ausbau des Internet-Breitbandzugangs zu investieren, nur noch eine Technologie zum Einsatz kommen soll, die rein digitale Versorgung. Das hat technologische und wirtschaftliche Vorteile: Damit könnte man z.B. sein Elektroauto überall aufladen, weil die Rechnung nicht mehr beim Inhaber der Steckdose, sondern beim Inhaber des zu ladenden Gegenstands landet.

Wir sollten davon ausgehen, dass wir deutlich früher als 2040 weltweit 80 Prozent unserer Energie auf erneuerbarer Basis gewinnen. Der Preis von Photovoltaik wird regelmäßig um 20 Prozent sinken, während sich die Leistung der Solarenergie dabei verdoppelt. In den vergangenen zwei Jahren hat sich in den USA der Preis für PV-Strom halbiert. In den kommenden Jahren wird er sich ein weiteres Mal halbieren.

Das sind Szenarien, die bei manchen Ängste wecken, weil sie die Fundamente unseres ökonomischen Systems ins Wanken bringen. Märkte funktionieren in der digitalen Nachhaltigkeitsgesellschaft nicht mehr so wie im Industriekapitalismus der 50er-Jahre, als die Schornsteine rauchten. Langfristig können wir uns nicht mehr an alte Wahrheiten aus der Ära der montanindustriellen Welt klammern. Geschäftsmodelle werden heute mitunter über Nacht funktionslos. Die großen Energieversorger, über Jahrzehnte gefeiertes und gepäppeltes Rückgrat der deutschen Industriegeschichte, kämpfen um ihr Leben. In Deutschland versucht E.on, die Energiewende zu bremsen, wo es nur geht. Im Ausland hingegen investieren sie selbst in Erneuerbare, weil es Geld bringt oder versuchen meist erfolglos in osteuropäischen Ländern, ihr altes Geschäft weiter zu betreiben, das sich die Deutschen nicht mehr bieten lassen.

Vattenfall sucht Käufer und würde Deutschland gern den Rücken kehren. Der Imageverlust ist den Schweden einfach zu hoch: Vattenfall heißt Wasserfall und wird nur noch mit Braunkohle assoziiert.

Die EnBW mit atomfreundlicher Vergangenheit versucht unter der neuen grün-roten Führung den Paradigmenwechsel. Ein Experiment mit bisher mäßiger Überzeugungskraft und offenem Ausgang.

Am Verbissensten hält RWE an ihrem überkommenen fossilen Geschäftsmodell fest. Die betrieblichen Ergebnisse sinken jährlich zweistellig. Das erklärt auch zum Teil die konzerndevote Haltung der Politik. Gehört doch ein Viertel der RWE-Aktien NRW-Gemeinden wie Essen, Duisburg, Düsseldorf oder Leverkusen, die eigentlich von den erwarteten Gewinnen ihren ÖPNV, ihre Schwimmbäder oder Museen renovieren wollten.

Auch die Stadtwerker müssen am Ball bleiben und neue Geschäftsmodelle im Auge haben. Die Computerei wird vieles möglich machen. Hinter der Digitalisierung der erneuerbaren Energieträger ist kein luftiges Wolkenkuckucksheim versteckt, sondern hier liegen komplett neue Wertschöpfungsideen verborgen.

Wer früh beginnt wird von der Geschichte belohnt werden. Der Export von Braunkohlekraftwerken jedenfalls wird Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren nicht prägen.

Die dezentrale Energiewende ist nicht nur der Schlüssel für eine sichere und moderne Energieversorgung, sondern essentiell für eine widerstandsfähige Wirtschaftsstruktur. Gerade hier spielen unsere Stadtwerke eine zentrale Rolle als Vermittler, Ermöglicher, Garanten einer neuen, erneuerbaren, ethischen Wirtschaft und Gesellschaft.